Deutscher Bundestag **Drucksache 15/4986**

15. Wahlperiode 28. 02. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ronald Pofalla, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4831 –

Pakt für Deutschland

A. Problem

Zum ersten Mal sind in der Bundesrepublik Deutschland über 5 Millionen Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Diese Zahl wird noch deutlich übertroffen durch Hinzurechnen der so genannten versteckten Arbeitslosigkeit.

B. Lösung

Kurzfristige Umsetzung eines Zehn-Punkte-Sofortprogramms und Aufnahme von Gesprächen über Strukturreformen in der Steuer- und Bildungspolitik sowie der Konzeption eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/4831 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Februar 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend	**Dr. Thea Dückert**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Thea Dückert

I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/4831 ist in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Februar 2005 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben den Antrag in ihren jeweiligen Sitzungen am 23. Februar 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss**, der **Haushaltsausschuss,** der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für Tourismus** haben den Antrag in ihren jeweiligen Sitzungen am 23. Februar 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/4831 fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, in den nächsten Wochen ein Zehn-Punkte-Sofortprogramm mit dem Titel „Pakt für Deutschland“ umzusetzen. Die Abgeordneten bieten der Regierung diesen Pakt an, um „gemeinsam unser Land aus der tiefsten Beschäftigungskrise seit Kriegsende“ herauszuführen. Gleichzeitig bietet die Fraktion der CDU/CSU Gespräche über Strukturreformen in der Steuer- und Bildungspolitik sowie über die Konzeption eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches an. Die Union schlägt vor, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch in diesem Jahr von 6,5 Prozent auf 5 Prozent zu senken und die rechtliche Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit unter Wahrung der Tarifautonomie zu schaffen. Auch solle von Tarifverträgen abgewichen werden können, wenn es der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient. Allerdings müssten in diesen Fällen dann die Belegschaft und der Betriebsrat jeweils mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Langzeitarbeitslosen sei eine Rückkehroption in den Arbeitsmarkt zu eröffnen, indem klargestellt wird, dass als Einstieg bis zu einem Jahr eine zehnprozentige untertarifliche Entlohnung möglich sein soll. Darüber hinaus solle das Kündigungsschutzrecht so modernisiert werden, dass im Mittelstand wieder mehr Einstellungen angeregt werden. Das Jugendarbeitsschutzgesetz will die Union so fassen, dass die Betriebe mehr Möglichkeiten haben, jungen Menschen eine Chance für den Start ins Berufsleben zu geben. Ferner sei die Einstellung von Teilzeitkräften zu unterstützen, indem bei allen Schwellenwerten Teilzeitbeschäftigte entsprechend ihrer Arbeitszeit berücksichtigt werden. Zudem empfiehlt die Fraktion der CDU/CSU eine Umgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes, damit die betriebliche Mitbestimmung kostengünstiger wird. Das Arbeitszeitgesetz sei zu flexibilisieren, gleichzeitig seien Optionen für langfristige Arbeitszeitkonten zu schaffen. Schließlich will die Fraktion den Mittelstand entlasten, indem die Pflicht, Sicherheitskräfte und Betriebsärzte zu stellen, ausgesetzt und auf teure Statistiken in Kleinbetrieben verzichtet wird.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Beratung der Vorlage in seiner 85. Sitzung am 23. Februar 2005 aufgenommen und abgeschlossen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4831 zu empfehlen.

Die Vertreter der Fraktion der CDU/CSU betonten bei der Antragsbegründung, sie biete der Bundesregierung einen „Pakt für Deutschland“ an, um das Land gemeinsam aus der dramatischen Beschäftigungskrise zu führen. Das vorgelegte Zehn-Punkte-Sofortprogramm könne kurzfristig in die Tat umgesetzt werden und sei nur als einen ersten Schritt zu betrachten, die Voraussetzungen für Wachstum und damit mehr Arbeit in Deutschland zu schaffen. Ziel aller Anstrengungen müsse sein, alle Stellschrauben wieder so zu justieren, dass mehr Menschen einen Arbeitsplatz in Deutschland fänden.

Die Fraktion der SPD begründete ihre Ablehnung unter anderem mit dem Hinweis, dass hier ein Pakt mit abgestandenen Rezepten vorgelegt worden sei, der sich nicht zur Problemlösung eigne. Mit den Hartz-Gesetzen habe die Bundesregierung die weitgehendsten Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte umgesetzt, die von allen in der Richtung begrüßt worden seien. Der einseitige Abbau von Arbeitnehmerrechten in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU führe zu Verunsicherung und sei nicht der richtige Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Wichtiger sei es, die bereits beschlossenen Reformen umzusetzen und in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie man auf dem beschrittenen Weg weiter vorankomme.

Die Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonten, es sei vollkommen richtig, angesichts von über 5 Millionen Arbeitslosen und der Struktur dieser Arbeitslosigkeit mit den Reformen weiterzumachen. Allerdings führten die Vorschläge der Union wie Änderungen beim Kündigungsschutz, die Schleifung der Mitbestimmungsrechte in keinem Fall zu mehr Arbeitsplätzen. Die Gegenfinanzierung zur an sich sinnvollen Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werde nicht geklärt; es sei zu befürchten, dass alle Maßnahmen der Wiedereingliederung,

der Qualifizierung und Existenzförderung drastisch reduziert würden.

Die Fraktion der FDP machte deutlich, dass es in Deutschland zu grundlegenden und umfassenden Reformen keine Alternative gebe, um zu wettbewerbsfähigen Strukturen und Wachstum zu kommen. Dies sei auch der Schlüssel für die Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktpolitik müsse aus einem Guss sein, das wettbewerbsverhindernde Tarifkartell aufgebrochen, Einstellungsbarrieren konsequent beseitigt und Arbeitskosten gesenkt werden. Die Rahmenbedingungen müssten konsequent und konsistent verändert werden, damit mehr Menschen in Arbeit und Beschäftigung kämen.

Berlin, den 23. Februar 2005

Dr. Thea Dückert
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333